

Sprechzettel

der Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

Ute Schäfer

zur Pressekonferenz

„KiBiz-Revision“

am 12. Januar 2011 im Düsseldorfer Landtag

- Es gilt das gesprochene Wort –

Anrede,

die Kritik von Eltern, Erzieherinnen und Erziehern, Trägern, Kommunen und Verbänden am so genannten Kinderbildungsgesetz (KiBiz) hält seit seinem Inkrafttreten im August 2008 an. Sie richtet sich vor allem gegen den mangelnden Bildungs- und Qualitätsanspruch und die Tatsache, dass der pädagogische Alltag sehr erschwert wurde. Deshalb haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Koalitionsvertrag vereinbart, das KiBiz einer grundlegenden Revision zu unterziehen. Dabei sind uns zwei Aspekte besonders wichtig:

1. Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Träger, Kommunen und Verbände intensiv am Prozess zu beteiligen
und
2. die Revision des KiBiz durch eine externe Evaluation auf verlässliche Daten und Fakten zu stellen.

Beides haben wir bereits seit Ende August vergangenen Jahres in Angriff genommen. Erste Ergebnisse liegen nun vor.

Revision KiBiz: Regionalkonferenzen und Evaluation

Von Ende August bis Anfang Oktober haben wir alle beteiligten Gruppen zu insgesamt fünf Regionalkonferenzen in den unterschiedlichen Regionen des Landes eingeladen. Ziel des Dialogs war, die vielfältigen Praxiserfahrungen in den Evaluationsprozess einzubringen.

Parallel zu den Regionalkonferenzen haben wir im September 2010 die Evaluation des KiBiz eingeleitet, um möglichst schnell erste Maßnahmen einer Grundrevision vornehmen zu können. Die Evaluation, mit der wir die Bietergemeinschaft Prognos und Riedel beauftragt haben, umfasste

1. die Auswertung von Daten und Verwendungsnachweisen,
2. eine Befragung der Leitungen der Einrichtungen
und
3. eine Elternbefragung.

Bei der Evaluation wurden die Daten von 8.075 Einrichtungen von insgesamt rund 9.400 ausgewertet (rd. 90 Prozent). An der Befragung der Einrichtungsleitungen haben sich rund 3.500 Leitungskräfte beteiligt (38 Prozent), an der Elternbefragung rund 3700 Einrichtungen (32 Prozent).

Die Ergebnisse der Untersuchungen liegen nun vor. Eine Zusammenfassung finden Sie in der Pressemappe. Ich möchte Ihnen einige interessante und für die weiteren Entscheidungen wichtige Erkenntnisse erläutern.

Kita-Daten:

Personaleinsatz unterhalb des Standardwerts

Mit der Einführung des KiBiz hat die Vorgängerregierung unter anderem die Sicherung der pädagogischen Qualität versprochen. Dazu wurde im KiBiz die Finanzierung und gesetzliche Förderung zum Personaleinsatz an einem Standardwert ausgerichtet (so genannter "Wert 2" im Gesetz). Daneben hat KiBiz eine niedrigere personelle "Mindestausstattung" definiert ("Wert 1" im Gesetz). Eine Erläuterung dazu finden Sie ebenfalls in Ihrer Pressemappe.

Das Ergebnis der Evaluation ist ernüchternd: Rund 65 Prozent der Einrichtungen hat im Kindergartenjahr 2008/09 beim Personaleinsatz den Standardwert nicht erreicht. Davon lagen rund 40 Prozent der Einrichtungen zwischen Mindest- und Standardwert, 20 Prozent am Mindestwert und 5 Prozent sogar um mehr als 5 Prozent unterhalb des Mindestwerts.

Das mit KiBiz verbundene Ziel "Sicherung der Qualität" durch „eine Personalausstattung, die stimmen müsse“, wurde nicht erreicht. Realität ist, dass viel zu viele Einrichtungen nicht die Standardanforderungen an den Personalschlüssel erfüllten.

Zusammenhang zwischen Personaleinsatz und Wirtschaftlichkeit

Auffallend ist, dass die Mehrheit der Einrichtungen mit einem Standardpersonaleinsatz einen negativen Saldo aufwies. Das heißt: Die gesetzliche Förderung (plus gesetzlichem Trägeranteil) war für diese Einrichtungen nicht ausreichend, um die Kosten des laufenden Betriebes zu decken. Im Durchschnitt ausreichend war die gesetzliche Förderung hingegen für solche Einrichtungen, die sich mit ihrer Personalbesetzung unterhalb des Standardwerts bewegten. Für viele dieser Einrichtungen war aus dem positiven Saldo eine Rücklagenbildung möglich.

Hier allerdings gibt es keine ganz eindeutigen Ergebnisse, da ein Teil der Einrichtungen mit Standardpersonaleinsatz keinen negativen Saldo aufwies. Dies erfordert deshalb weitere Untersuchungen.

Leitungsbefragung:

Mehr Zeit für Qualität

Ziel von KiBiz war: mehr individuelle Bildungsförderung. Das Ergebnis ist: Die hierfür erforderliche Zeit ist gar nicht vorhanden. Es fehlt auch die Zeit für eine sorgsame Vor- und Nachbereitung der Bildungsarbeit und für ein stärkeres Eingehen auf die besonderen Bedürfnisse einzelner Kinder.

Ein wichtiges Ergebnis der Befragung der Kita-Leitungen ist die Tatsache, dass sich rund 70 Prozent deutlich mehr Zeit für eine planvolle pädagogische Arbeit wünschen. Dazu zählen zum Beispiel die Bildungsdokumentation oder die Vor- und Nachbereitungszeiten. Stattdessen musste in vielen Einrichtungen die Arbeit der fehlenden Hauswirtschaftskraft mit übernommen werden. Da die Zahl der

Einrichtungen mit Übermittagsbetreuung mehr als 73 Prozent beträgt, ist eine erhebliche Belastung hinzugekommen.

Mehr Chancen für Berufspraktikantinnen und -praktikanten

Ein weiteres für mich äußerst bemerkenswertes und nicht akzeptables Ergebnis ist die Tatsache, dass 64 Prozent der Einrichtungen keine Berufspraktikantinnen und -praktikanten eingesetzt haben. Angehende Erzieherinnen und Erzieher müssen ein solches Praktikum im Rahmen ihrer Ausbildung absolvieren. Angesichts des drohenden Fachkräftemangels halte ich das für einen nicht akzeptablen Zustand, den wir schnell überwinden müssen. Die Ausbildung der künftigen Fachkräfte ist für die gute Qualität der frühkindlichen Bildung und die Zukunftsfähigkeit der Kindergartenlandschaft in Nordrhein-Westfalen existentiell.

Elternbefragung: Mehr Qualität und Beitragsfreiheit

Für die Eltern ist eine qualitätvolle Förderung ihrer Kinder von besonderer Wichtigkeit. So messen sie der Förderung der sozialen Fähigkeiten höchste Bedeutung bei, gefolgt von der Förderung der Eigenständigkeit des Kindes und der Förderung der Sprachkenntnisse. Bei den Wünschen für die Kindertageseinrichtungen wird häufig mehr Flexibilität bei den täglichen Betreuungszeiten vor allem in den Randzeiten gewünscht.

Die Beitragsfreiheit der Kindertageseinrichtungen ist für rund 70 Prozent der befragten Eltern wichtig bis sehr wichtig.

Bei der Gruppengröße sehen mehr als die Hälfte der Eltern Handlungsbedarf. 52 Prozent wünschen sich kleinere Gruppen.

Regionalkonferenzen: KiBiz hat sein Ziel verfehlt

Die Ergebnisse der Regionalkonferenzen bestätigen die Resultate der Evaluation.

- Nahezu einhellig wurde die Verbesserung des Personalschlüssels im U3-Bereich und damit eine zusätzliche Ergänzungskraft für U3-Gruppen gefordert.
- Die Fachkraftstunden sollten zum Beispiel für mehr Vor- und Nachbereitungszeit in den Kitas erhöht werden.
- Für die Familienzentren wurden vor allem eine bessere Finanzausstattung und die Freistellung der Leitung gefordert.
- Nach Auffassung der Elternschaft, sollte die Elternmitwirkung verbessert werden.
- Die Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war deutlich der Auffassung, dass an einem Finanzierungssystem auf der Basis von Pauschalen festgehalten werden soll.
- Vielfach wurde mit unterschiedlicher Begründung eine grundsätzliche Erhöhung der Kindpauschalen gefordert.
- Eine weitere Forderung war die Schaffung von Anreizen für mehr Aus- und Fortbildung.

Blick nach vorn: Die KiBiz-Revision

Aus der Evaluation des KiBiz und den Ergebnissen der Regionalkonferenzen ergibt sich ein grundlegender Korrekturbedarf.

Folgende vordringliche Änderungen wollen wir bereits zu Beginn des kommenden Kindergartenjahres ab 1. August 2011 vornehmen.

5-Punkte-Programm zum kommenden Kita-Jahr

1. Das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung wird beitragsfrei.

Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Kindertageseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen und müssen deshalb für alle Kinder zugänglich sein.

2. Wir stellen zusätzliche Mittel für die Einstellung von Kinderpflegerinnen und –pflegern zur Verfügung.

Das KiBiz hat eine ganze Berufsgruppe aus dem Bereich der Betreuung von unter Dreijährigen nahezu herausgedrängt: die Kinderpflegerinnen und –pfleger, obwohl sie mit ihrer Ausbildung besonders für die pflegerischen Tätigkeiten bei unter Dreijährigen geeignet sind. Dies ist umso widersprüchlicher als sich der Alltag in vielen Einrichtungen durch den U3-Ausbau sehr verändert hat. Hier brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Kinderpflegerinnen und –pfleger.

3. Wir bringen 1.000 zusätzliche Berufspraktikantinnen und –praktikanten in die Kitas.

Die Einrichtungsbefragung hat gezeigt, dass nur 36 Prozent der Einrichtungen ausbilden. Vor dem Hintergrund des durch den U3-Ausbau wachsenden Fachkräftebedarfs ist es unerlässlich, dass die Kindertageseinrichtungen mehr ausbilden als bisher. Deshalb begrüße ich ausdrücklich den Vorschlag der SPD-Fraktion für 1.000 zusätzliche Berufspraktikantinnen und –praktikanten. Dafür wollen wir für die nächsten zwei Jahre einen finanziellen Anreiz schaffen.

4. Wir bauen die Familienzentren aus.

Für gleiche Bildungschancen brauchen wir in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf eine frühe Förderung von Kindern und Eltern, von Kinderbildung und Elternkompetenz. Gerade hier finden viele Familien aber oft keinen Zugang zu den gängigen Angeboten. Es fehlt an Familienzentren in diesen Stadtteilen und es fehlt

an einer ausreichenden Ausstattung der Zentren die mit sozial benachteiligten Menschen arbeiten. Hier denken wir unter anderem über Leitungsfreistellungen nach.

5. Wir stärken die Mitwirkungsrechte der Eltern.

Wir sind der festen Überzeugung, dass Eltern stärker einbezogen werden müssen. Eltern sind die allerersten Experten ihrer Kinder. Eine wirklich gute Förderung gelingt nur gemeinsam. Deshalb wollen wir ein Anhörungsrecht des Elternbeirates bei Entscheidungen über die pädagogische Konzeption, räumliche und sächliche Ausstattung, personelle Besetzung, Öffnungszeiten, Hausordnung, Aufnahmekriterien ermöglichen. Darüber hinaus wird der Elternbeirat auch ein Mitbestimmungsrecht bei Entscheidungen erhalten, die die Eltern außerhalb des Elternbeitrages in finanzieller Hinsicht berühren, wie Planung und Gestaltung von Veranstaltungen für Kinder und Eltern, Verpflegung und Teilnahme an Projekten.

Wir sind uns mit den anderen Finanzverantwortlichen, vor allem den Trägern und Kommunen einig, dass weitere strukturelle Veränderungen angesichts des komplexen Finanzierungssystems der Kindertagesbetreuung, aber auch unter Berücksichtigung von Konnexitätsfolgen und Konnexitätsgesprächen einer weiteren intensiven Prüfung bedürfen. Deshalb werden wir die Grundrevision des KiBiz mit weiteren Veränderungen im Dialog mit allen Beteiligten fortsetzen. Hierzu gehören unter anderen die Schaffung eines Qualitätssicherungssystems, Veränderungen im Finanzierungssystem, Verbesserungen der zusätzlichen Sprachförderung und die Flexibilisierung von Öffnungs- und Betreuungszeiten.